

## FACHHOCHSCHULEN

Neben Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Erwerbsarbeit sehen wir auch strukturellen Handlungsbedarf innerhalb des Hochschulsystems selbst. Insbesondere an Fachhochschulen fehlen bislang verbindliche arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen, die faire Bezahlung, Transparenz und soziale Absicherung für Beschäftigte garantieren. Diese Situation betrifft nicht nur die dort Beschäftigten, sondern wirkt sich langfristig auch auf die Qualität von Studium, Lehre und Forschung aus. Daher möchten wir abschließend auch auf unsere zentralen Forderungen im Bereich der Fachhochschulen eingehen. Deswegen möchten wir auch einen Schwerpunkt auf Forderungen im Bereich der Fachhochschulen legen:

Ein besonderer und wichtiger Bestandteil von Fachhochschulen (bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften) sind Pflichtpraktika. Gleichzeitig sind FH-Studierende besonders häufig auf Erwerbsarbeit angewiesen, um sich ihr Studium leisten zu können. Dennoch sind die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen für FH-Studierende oft mangelhaft. Wenn Förderungen schwer zugänglich sind, arbeitsrechtliche Absicherung fehlt und Studierende strukturell benachteiligt werden, besonders Studierende aus Drittstaaten, wird ein leistbares und gerechtes Studium unnötig erschwert. Wir fordern:

## **1. Anrechnung von Pflichtpraktika beim Selbsterhalter\_innenstipendium**

Pflichtpraktika sind ein fester Bestandteil vieler FH-Studiengänge und eine zwingende Voraussetzung für den Studienabschluss. Aktuell fließen diese verpflichtenden Praxiszeiten kaum in die Berechnung des Selbsterhalts ein.

Da Pflichtpraktika meist nur wenig bis zu keiner Entlohnung bieten, erschwert es Studierenden das Leben zu finanzieren, da Studierende teilweise bestehende Arbeitsverhältnisse für die Zeit des Praktikums auflösen und somit auf Gehalt verzichten müssen.

Daher fordern wir:

Pflichtpraktika müssen voll auf die erforderliche Erwerbstätigkeit angerechnet werden, um finanzielle Benachteiligung zu vermeiden.

## **2. Abschaffung bzw. Erlass von Studiengebühren**

Studiengebühren stellen für FH-Studierende eine deutliche finanzielle Belastung dar und wirken einem chancengerechten Zugang zu Bildung entgegen. Der Zugang zu einem Studium darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden abhängen.

Wir fordern daher:

Vollständige Abschaffung der Studiengebühren an Fachhochschulen und jedenfalls einen Erlass des Studienbeitrags bei Wiederholung eines Semesters bzw. Studienjahres.

## **3. Verbesserte Mobilität & Fahrkostenzuschuss (FKZ)**

FH-Studierende sind besonders oft auf (öffentliche) Verkehrsmittel angewiesen. In vielen Studiengängen sind Pflichtpraktika, berufsbegleitende Studienmodelle und praxisnahe Lehrveranstaltungen notwendig, viele davon außerhalb des Studienortes. Die damit verbundenen Fahrtkosten sind eine erhebliche finanzielle Belastung. Der bestehende Fahrtkostenzuschuss ist weder ausreichend hoch noch bundesweit einheitlich geregelt.

Um dieses Problem zu mildern, fordern wir:

Einen bundesweit höheren Fahrkostenzuschuss für alle Studierenden, insbesondere für jene, die Pflichtpraktika und praxisnahe Lehrveranstaltungen zu absolvieren haben, bei gleichzeitigem Ausbau der (finanziellen) Anreize zur Wahl von öffentlichen Verkehrsmitteln anstelle von Individualverkehr

#### **4. Flexibilität bei Pflichtpraktika**

Die starre zeitliche Verankerung von Pflichtpraktika führt in der Praxis häufig zu Problemen: Praktikumsplätze sind nicht immer zum vorgesehenen Zeitpunkt verfügbar, persönliche oder finanzielle Gründe erschweren eine Absolvierung im vorgegebenen Semester. Derzeit führt dies oft zu Studienzeitverlängerungen oder finanziellen Nachteilen.

##### Wir fordern daher:

Die rechtliche Absicherung, sodass ein Pflichtpraktikum auch außerhalb des vorgesehenen Semesters absolviert werden kann. Dadurch soll gewährleistet werden, dass es zu keinen Studienzeitverlängerungen oder finanziellen Nachteilen kommt.

#### **5. Sicherstellung und faire Entlohnung bei Pflichtpraktika**

Der Mangel an geeigneten Plätzen für ein Pflichtpraktikum ist ein strukturelles Problem für FH-Studierende. In vielen Regionen gibt es weit mehr Studierende, als geeignete Praktikumsstellen zur Verfügung stehen. Dies zwingt Studierende dazu, lange Anfahrten und hohe Kosten oder prekäre Bedingungen in Kauf zu nehmen oder führt dazu, dass sie keinen Platz finden.

##### Wir fordern daher:

Die Sicherstellung, dass FH-Studierende bei der Vergabe von Pflichtpraktikumsplätzen Priorität gegenüber freiwilligen Praktika erhalten und dass diese Praktikumsstellen mit den finanziellen und infrastrukturellen Mitteln der Studierenden erreichbar sind. Damit sowohl verpflichtende als auch freiwillige Weiterbildungen zukünftig ausreichend möglich sind, muss es insgesamt einen Ausbau der Praktikumsstellen geben. Die verlässliche Wahrnehmung der Verpflichtung von Fachhochschulen, Studierende bei ihrer Suche nach einem Pflichtpraktikum zu unterstützen.

Die gerechte Bezahlung von Pflichtpraktika, die zumindest den Lebensunterhalt deckt, sowie eine finanzielle Subventionierung seitens der Bundesregierung für verpflichtende Praktikumsstellen bei kleinen Arbeitgeber\_innen und NGOs. Die Unterstützung der Studierenden bei zum Absolvieren des Praktikums notwendiger Maßnahmen wie etwa Abschluss von notwendigen Versicherungen oder Kostenübernahme für vorgesehene Impfungen.

#### **6. Reduktion der Anwesenheitspflicht**

Anwesenheitspflichten erschweren die Vereinbarkeit von Studium, Erwerbsarbeit und Care-Arbeit erheblich. Gerade FH-Studierende sind häufig berufstätig oder tragen familiäre Verantwortung.

Wir fordern daher:

Die Senkung der Präsenzpflcht auf maximal 60 %, um die Vereinbarkeit mit Beruf und Care-Arbeit zu gewährleisten.

## **7. Reform der Jahrgangswiederholungen**

Derzeit kann das Nichtbestehen einzelner Prüfungen dazu führen, dass ein gesamtes Studienjahr wiederholt werden muss. Für viele Studierende hat diese Praxis erhebliche zeitliche und finanzielle Konsequenzen.

Wir fordern daher:

Bei Nichtbestehen einzelner Prüfungen muss nicht das gesamte Studienjahr wiederholt werden. Prüfungswiederholungen sollen modul- bzw. fachbezogen erfolgen.

## **8. Faire Bedingungen für Drittstaatsstudierende**

FH-Studierende aus Drittstaaten haben es schwer. Ihnen wird nicht nur ein hoher Gebührensatz abverlangt, sie stehen zusätzlich unter dem Druck einer komplizierten arbeitsrechtlichen Lage und haben oft keinen Zugang zu den gleichen Förderungen und Mobilitätsprogrammen wie EU/EWR-Bürger\_innen. Diese Ungleichbehandlung ist mit Chancengerechtigkeit und internationaler Hochschulpolitik nicht vereinbar.

Daher fordern wir:

Die Abschaffung bzw. mindestens Reduktion der Studiengebühren auf das Niveau der regulären Studiengebühren und einen gleichberechtigten Zugang zu Austausch- und Mobilitätsprogrammen für Drittstaatsstudierende.